

**Rede des Vorsitzenden der
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Essen**

Rainer Marschan

zum Haushalt für das Jahr 2019

am 28. November 2018

**Sperrfrist: 28.11.2018, Ende der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!**



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und an den
Bildschirmen,

mit dem heutigen Beschluss des Haushaltes für das Jahr 2019 setzen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU unseren Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fort.

Gleichzeitig investieren wir in nie zuvor gekannter Weise in den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Infrastruktur. Wir ermöglichen sinnvolle Maßnahmen, um den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft zu stärken und die Attraktivität unserer Heimatstadt als Wohn-, Lebens- und Arbeitsort zu erhöhen.

Unsere finanzielle Lage ist weiterhin angespannt.

Der Haushaltsausgleich ist nach wie vor ein zartes Pflänzchen, das wir pflegen und schützen müssen, damit sich feste Wurzeln bilden.

Nach dem Ende des Stärkungspaktgesetzes werden wir wahrscheinlich nahtlos von der Verabschiedung von den Haushalts**sanierungs**plänen zur Aufstellung von Haushalts**sicherungs**konzepten übergehen.

Unser Eigenkapital lässt kaum etwas anderes erwarten.

Meine Damen und Herren,

unserem Gestaltungsanspruch tut das aber keinen Abbruch. Der heutige Abschluss der Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 ist für uns gleichzeitig die Basis der Haushaltsberatungen für die Jahre 2020 und Folgende.

Wir schaffen heute die Grundlage, um Planungsprozesse zu beginnen oder zu intensivieren, mit denen Essen sich für die Zukunft gut wappnet.

Dabei werden wir auch nach dem Auslaufen der Stärkungspaktmittel in erheblichem Maße auf die Unterstützung von Bund und Land angewiesen sein.

Ja, da hat sich in den letzten Jahren viel getan.

Genannt sei hier neben dem Stärkungspakt weiterhin die nicht unerhebliche Übernahme von Sozialkosten durch den Bund, die vielen Fördertöpfe zugunsten unserer Infrastruktur wie etwa das Programm „Gute Schule 2020“ oder auch – wie aus der heutigen Vorlage ersichtlich – die jährlich rund 35 Millionen Euro aus den Fonds der Europäischen Union, die uns insbesondere bei der Stadtteilentwicklung helfen werden.

Auch die Ankündigung der Landesregierung, endlich die uns zustehenden Bundesmittel aus der Integrationspauschale ungekürzt weiterzuleiten, will ich nicht verschweigen.

Genauso wenig wie die Tatsache, dass bei der Frage der Unterbringung von Geflüchteten nach wie vor eine Deckungslücke in Höhe von rund 40 Millionen verbleibt.

In diesem Zusammenhang von einer Verantwortungsgemeinschaft zu sprechen, wie es der Integrationsminister jüngst getan hat, klingt wie Hohn in unseren Ohren. Doch über die Fragen der Konnexität zu

sprechen, würde angesichts der Zahl an neuen Aufgaben und Verpflichtungen, die die Kommunen immer wieder auferlegt bekommen, den zeitlichen Rahmen dieser Rede sprengen.

Eins will ich dennoch sagen: wenn wir die übertragenen Aufgaben von Land und Bund auch finanziert bekämen, hätten die Kommunen nicht nur im Ruhrgebiet seit langer Zeit ausgeglichene Haushalte, ja, sie könnten auch für wichtige Projekte mehr Geld ausgeben.

Aber wo wir gerade bei der Gemeinschaft von Bund, Land und Kommunen und der Frage des Worthaltens sind: Die von der Landesregierung im Koalitionsvertrag zugesagten Lösungen der Altschuldenfrage in den Kommunen stehen immer noch aus!

Wer es ernst meint mit seinem Hilfsangebot an die Gemeinden, wird hier sehr bald Antworten liefern müssen. Auch das haben wir der alten Landesregierung schon ins Stammbuch geschrieben.

Das Stärkungspaktgesetz endet bald und wir brauchen eine verbindliche und planungssichere Perspektive für die Zeit danach. Ansonsten rutschen wir wieder in die alten Haushaltssystematiken zurück und bleiben auf halber Strecke liegen.

Hier müssen wir gemeinsam den Druck auf die Landesregierung erhöhen, **liebe Kolleginnen und Kollegen**, sonst wird das nichts werden!

Meine Damen und Herren,

Hoffnungen hatten wir auch in die unterschiedlichen Ansätze für einen Sozialen Arbeitsmarkt gesetzt. Seitens des Landes wurden wir da bitter enttäuscht.

Die von der Landesregierung abgeänderten Rahmenbedingungen haben die zunächst hohen Erwartungen an das Instrument abrupt ausgebremst. Und was der Bundestag vor wenigen Tagen beschlossen hat, lässt uns alle wohl mit einem lachenden und einem weinenden Auge dastehen. Der erhoffte große Wurf ist es zumindest wieder nicht geworden.

Umso erfreulicher liest sich da der letzte Quartalsbericht unseres Jobcenters. Sowohl die Arbeitslosenquote, als auch die Anzahl von langzeitarbeitslosen Essenerinnen und Essenern sinken. Die Integration von SGB-II-Leistungsbeziehenden und -Leistungsbeziehern ist in diesem Jahr deutlich besser gelungen – das betrifft insbesondere auch Geflüchtete.

Ein durchweg positiver Umstand, der viel deutlicher kommuniziert werden sollte.

Aus unserer Sicht ist es notwendig, diese positiven Effekte mit geeigneten Maßnahmen zu verstetigen, wenn nötig auch durch städtische Mittel hinterlegt.

In der Arbeits- und Beschäftigungsförderung erfolgreich zu sein hat nicht nur große Bedeutung für die künftige Entwicklung unseres Haushaltes.

Es hat vor allem eine große Bedeutung für die Menschen in unserer Stadt: Wir geben niemanden auf und wollen Jeder und Jedem die Chance auf sinnvolle Beschäftigung ermöglichen.

Das ist das Signal, das wir noch viel deutlicher senden müssen.

Wie das gelingen kann, werden wir mit den handelnden Akteurinnen und Akteuren und unserem Koalitionspartner besprechen.

Bildung ist und bleibt auch in den kommenden Jahren der Schwerpunkt unserer Ratsarbeit. Bildung ist das Fundament, auf dem das gesamte weitere Leben aufbaut. Jegliche Erfolge in unseren Bemühungen zur Integration, zur gesellschaftlichen Teilhabe, zu Ausbildung und Arbeit, zur Wirtschaftsförderung, zur persönlichen Entfaltung eines jeden Einzelnen fußen darauf, dass wir den Essenerinnen und Essenern die bestmöglichen Bildungschancen bieten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten freuen uns daher sehr, dass es uns mit dem Haushalt 2019 gelingt, die Mittel für diesen Bereich noch einmal zu deutlich steigern.

**In den Offenen Ganztage fließen zusätzliche Mittel,
die Angebote der Schulsozialarbeit werden gesichert,
die Mittel für Schulausstattung erhöht.**

Und auch bei den Investitionen in unsere Schulinfrastruktur legen wir noch einmal nach. Alleine im Jahr 2019 werden knapp 64 Millionen Euro in die Sanierung oder den Neubau von Schulgebäuden fließen.

Hinzu kommen noch einmal etwa 13 Millionen Euro für die Sanierung von Schulturnhallen.

Eine immense Summe, die allen Beteiligten enorme Kraftanstrengungen abfordern wird, um sie vom Plan in die Tat umzusetzen. Aber sie ist notwendig, denn wir haben viel zu lange vom Verzehr gelebt.

Von Konsolidierungsdruck geprägte Jahrzehnte und eine mangelnde Schulentwicklungsplanung haben uns marode Schultoiletten, schlecht ausgestattete Klassenräume und insgesamt einen für die seit einigen Jahren wieder wachsende Schülerzahl und neue Anforderungen an moderne Lehrmethoden viel zu kleine Schullandschaft eingebracht.

Auf einige Entwicklungen wurde zu spät, auf andere noch gar nicht reagiert.

Davon konnte sich unser neuer Schuldezernent Muchtar Al Ghusain vom ersten Tag im neuen Amt an bei seinen zahlreichen Besuchen vor Ort in den Schulen ein Bild machen. Nun kommt es darauf an, sowohl auf die drängendsten Fragen schnell zu reagieren – **etwa die Versorgung aller Schulpflichtigen mit einem Platz sicherzustellen** – als auch gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass wir in dieser Frage nicht endgültig in den Krisenmodus verfallen, sondern zu einem geplanten und gut gesteuerten Agieren kommen.

Was unseres Erachtens ganz wichtig ist, ist, dass innerhalb der Verwaltung im Zusammenspiel der unterschiedlichen Geschäftsbereiche stärkere und verbesserte Abstimmungsbedarfe erfolgen müssen.

Es entsteht der Eindruck, dass aneinander vorbei gearbeitet wird und es zu unnötigen Zeitverlusten kommt.

Vieles wird darauf ankommen, dass Entscheidungswege zukünftig klarer strukturiert und deutlicher kommuniziert werden. Und dass möglichst alle von den Entscheidungen Betroffenen – **Schüler, Eltern, Lehrer, Verwaltungsmitarbeiter und auch die Politik** – möglichst frühzeitig, umfassend und verbindlich über die Ziele und die Schritte dorthin informiert werden.

Lieber Herr Al Ghusain, ich weiß, dass Sie in eben dieser Weise eine integrierte Schulentwicklungsplanung für unsere Stadt vorbereiten.

Wir wünschen Ihnen dabei ein glückliches Händchen, unsere Unterstützung haben Sie sicher!

Meine Damen und Herren,

die Menschen mitnehmen und am Entscheidungsprozess beteiligen – das ist auch ein wichtiges Thema in der Stadtentwicklung.

Wir begrüßen es sehr, dass die Planungsverwaltung sich dazu entschieden hat, neue Wege auszuprobieren und verstärkt den Dialog mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sucht. Vor einem Jahr haben wir diesen Prozess hier im Rat einstimmig auf den Weg gebracht und waren auch eng in die Vorbereitungen eingebunden.

Die Fragen, wo im Essener Stadtgebiet neue Wohnbebauung entstehen kann und wie diese aussehen sollte, treiben uns ja schon sehr lange um, ohne dass sich eine tragfähige Lösung abgezeichnet hätte.

An kaum einer anderen Stelle gilt **wie hier** das Sankt-Florians-Prinzip:

Ja, wir brauchen dringend neuen Wohnraum – aber bitte nicht in meiner Nachbarschaft!

Es liegen gleich mehrere Gutachten vor, die den sich immer weiter zuspitzenden Bedarf beschreiben und uns allen dürfte klar sein, dass wir uns einen Stillstand an dieser Stelle nicht leisten können.

Oder besser gesagt:

Die Bürgerinnen und Bürger können ihn sich nicht leisten.

Wenn wir nicht handeln, steigen unweigerlich die Mieten. Grundstücks- und Immobilienpreise schnellen längst auch bei uns in die Höhe – wenn man denn überhaupt noch ein Angebot findet.

Immer öfter bekommen wir mit, wie junge Eltern nicht mehr in der Lage sind, eine passende und bezahlbare Wohnung für sich und ihren Nachwuchs zu finden.

Immobilienbesitzerinnen und -besitzer gehen vermehrt dazu über, ihre Objekte nicht mehr klassisch zu einem festen Preis anzubieten, sondern in einem geheimen Bieterverfahren den möglichst höchsten Gewinn zu erzielen.

Seit einigen Jahren nimmt unsere Bevölkerung wieder zu – das spüren wir **nicht** nur bei der Frage nach ausreichender Infrastruktur.

Wir spüren es insbesondere auch bei der Wohnraumnachfrage.

Und noch ein Dilemma: Gerade noch 6 Prozent der Essener Mietwohnungen unterliegen der Mietpreisbindung.

Tendenz sinkend.

Ca. die Hälfte der Essener Bevölkerung hätte jedoch die Möglichkeit, von öffentlich gefördertem Wohnraum und damit bezahlbaren Mieten zu profitieren. Das sind längst nicht nur Sozialleistungsbezieher, sondern zu einem großen Teil Familien mit einem mittleren Einkommen oder Rentenempfänger.

Wenn wir diese mittlere Bevölkerungsgruppe in Essen nicht verlieren wollen, müssen wir schnellstens handeln.

Wo ein Bebauungsplan aufgestellt wird, lassen sich die Investoren zumeist auf einen Anteil an öffentlich geförderten Wohnungsbau ein, im Schnitt liegt der bei rund 35 Prozent.

Doch ohne weitere Wohnbauflächen werden die aktuellen Bemühungen kaum reichen, den negativen Trend zu stoppen.

Daher setzen wir große Hoffnungen in die Ergebnisse des Bürgerforums, die uns schon bald präsentiert werden.

Gleichzeitig machen wir an anderer Stelle Druck. Im Haushalt wurden jetzt Mittel für die Entwicklung des Essener Nordens eingestellt.

Insgesamt 15 Millionen Euro - rund 5 Millionen Euro jährlich - stehen uns zur Verfügung, um zum Beispiel endlich mit dem Projekt Marina Altenessen / Karnap vorwärts zu kommen.

Angesichts des gerade beschriebenen Handlungsdrucks können und wollen wir nicht länger auf einen Investor warten, der uns das Grundstück im jetzigen Zustand abnimmt und vollständig auf eigene Kappe entwickelt.

Nein, wir müssen als Stadt hier in Vorleistung gehen und selbst mit der Entwicklung beginnen.

Zudem können wir die Gelder aber auch nutzen, um die Stadtquartiere mit hohen Soziallasten noch einmal genauer anzuschauen und individuelle Maßnahmen zur Stärkung dieser Bereiche zu entwickeln.

Dass wir die Quartiersarbeit intensiver betreiben müssen, ist spätestens seit der Flüchtlingskrise wohl klar.

Wir wollen dieses Thema in den kommenden Jahren vorantreiben.

Dabei spielen auch Fragen der Sicherheit oder des Sicherheitsempfindens eine große Rolle in der Essener Bevölkerung. Ob berechtigt oder manchmal auch etwas übersteigert – **wir können und werden dieses Bedürfnis nicht ignorieren.**

Von der nochmaligen Aufstockung des Gemeinsamen Streifendienstes erhoffen wir uns, endlich auch wieder vermehrt im gesamten Stadtgebiet Präsenz zeigen zu können. Dieser Wunsch ist auch immer wieder seitens der Bezirksvertretungen an uns herangetragen worden. Wir wünschen uns aber auch einen stärkeren präventiven Ansatz in der

Frage der Sicherheit in den Stadtquartieren. Wir müssen das nachbarschaftliche Miteinander stärken, den Austausch der Essenerinnen und Essener untereinander fördern und auch mit Mitteln der Stadtplanung und der sozialen Stadtentwicklung Angsträume entschärfen.

Gleichzeitig unterstützen wir ein konsequentes und abgestimmtes Vorgehen unserer städtischen Fachämter mit Polizei, Finanzamt und Zoll gegen kriminelle Strukturen, egal welcher Art.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Prävention und Intervention gehen auch in einem ganz anderen Bereich Hand in Hand. Wir sind sehr glücklich, dass es uns mit dem heutigen Haushaltsbeschluss gelingt, für eine deutliche personelle Entlastung im Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes zu sorgen. Die bereits vorhandenen, bisher überplanmäßig im Bereich der Integration von Geflüchteten eingesetzten Kräfte können wir dauerhaft anbinden und darüber hinaus auch im Regelgeschäft mit zehn Vollzeitstellen zu einer signifikanten Entspannung in den ASD-Nebenstellen führen.

Die Gewerkschaft ver.di hatte zurückliegend immer wieder auf die schwierigen Arbeitsbedingungen in diesem ohnehin belastenden Bereich hingewiesen und wir sind sehr froh, jetzt zumindest weitreichend den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachzukommen.

Auch die dauerhafte Absicherung des Pfingst Open Air sehen wir als Erfolg.

Einer anderen Forderung aus dem Jugendbereich konnten wir in diesem Haushalt noch nicht so weit nachkommen wie wir wollten. Der Arbeitskreis Jugend hat zu diesem Haushalt einen Mehrbedarf in Höhe

von 1,5 Millionen Euro jährlich für die Arbeit der Jugendverbände angemeldet.

In einem ersten Schritt ist es uns nun gelungen, die Mittel um insgesamt 610.000 Euro zu erhöhen und künftig eine jährliche Anpassung um 2,5 Prozent vorzunehmen.

Wir wissen, dass damit die Probleme, mit denen die Jugendverbände bei ihrer für die Stadtgesellschaft ebenso wichtigen, präventiv wirkenden Arbeit, noch nicht gelöst sind. Ich sage aber an dieser Stelle zu, dass wir in dieser Sache im Gespräch mit den Verbänden bleiben werden und auch gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und dem Jugenddezernenten nach Lösungswegen im Sinne der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt suchen werden.

Ähnliches gilt, meine Damen und Herren, für den öffentlichen Nahverkehr in unserer Stadt. Wir haben hier im Rat gemeinsam die Fortschreibung des Nahverkehrsplans auf den Weg gebracht. Aus meiner Sicht stehen wir damit auch in der Verantwortung, unserem Nahverkehrsunternehmen die notwendige Planungssicherheit zu geben, damit dieser Plan auch erfüllt werden kann.

Der aktuelle Wirtschaftsplan der Ruhrbahn ist dafür keinesfalls ausreichend. Es müssen für die Zeit ab 2020 deutliche Erhöhungen durchgeführt werden, damit der Nahverkehr in Essen künftig wirklich eine Alternative zum Auto werden kann.

Wie wir das sicherstellen können und ob wir angesichts der aktuellen Entwicklungen mit dem Diesel-Fahrverbot noch zu Anpassungen kommen müssen, werden weitere Gespräche zeigen. Wir müssen alles dafür tun, Fahrverbote in Essen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren,

um das Zusammenleben der Essenerinnen und Essener noch besser zu machen brauchen wir in vielen Fällen die Bezirksvertretungen. Sie justieren an vielen Stellen nach, sei es zum Beispiel im Vereinsleben, Brauchtumsveranstaltungen, die Gestaltung von Kindertagesstätten oder Schulhöfen, oder Querungshilfen an vielbefahrenen Straßen. Auch das ist Präventionsarbeit, die wir in ihrer Wirkung allzu häufig unterschätzen.

Darum haben wir die Verfügungsmittel unserer Bezirksvertretungen erhöht und damit ihren Handlungsspielraum erweitert.

Zum Abschluss lassen Sie mich bitte noch eine persönliche Anmerkung machen, die aus meiner Sicht – losgelöst vom Haushalt – mir noch am Herzen liegt:

Angriffe auf öffentlich Bedienstete in Ausübung ihres Dienstes werden verstärkt gemeldet. Die Hemmschwelle hierbei sinkt gewaltig.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie uns von hier aus ein deutliches Signal senden:

Angriffe auf Polizeibeamte, Ordnungs- und Verwaltungskräfte, Feuerwehrleute, Müllwerker werden von uns aufs Schärfste verurteilt. Jeglicher Angriff muss mit allen rechtlichen Mitteln geahndet und konsequent verfolgt werden.

Nun, zurück zum Haushalt.

Für heute bleibt mir nur, ein herzliches Dankeschön zu sagen:

dem Oberbürgermeister, dem Stadtkämmerer, der Dezernentin und den
Dezernenten für die Vorbereitungen des Haushaltes 2019,

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und in den
Beteiligungsbetrieben sowie ihren Personalvertretungen, für ihre
hervorragende Arbeit im zurückliegenden Jahr und die konstruktive
Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen.

Ein ebensolcher herzlicher Dank geht an unsere Mitstreiterinnen und
Mitstreiter in der CDU-Fraktion für eine stets durch Kollegialität und
Fairness geprägte Zusammenarbeit.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen,

Glück Auf!